

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang

Dresden, Freitag den 28. August 1925

Nummer 116

Berschärfung der Wirtschaftskämpfe

Der Preisabbauschwindel als Tritt für den Lohnbetrug — Abbruch der Lohnverhandlungen der Eisenbahner — Keine Gehaltserhöhung für die Bankbeamten — Der Amnestiebetrug in Sachsen

Neue Generaloffensive der Unternehmer

Die Spitzenverbände von Industrie und Handel, Landwirtschaft und Handwerk, Banken und Versicherungen haben einen Aufruf verfaßt, der den Bauunternehmern helfen soll und neue bewährte Häufung und Verdrängung der Tatsachen bedeutet. Die angekündigte Ausperrung der Bauarbeiter ist der erste Schlag einer neuen Generaloffensive der Ausbeuter. Die Luther-Regierung, das Exekutivkomitee der Unternehmer, tut alles, um die Arbeiter niederzuhalten. Der neue Schiedspruch im Baugewerbe, das Scheitern der Lohnverhandlungen bei den Eisenbahnern, der Vorstoß der Unternehmer in der Textilindustrie, die Generaloffensive der Ausbeuter auf der ganzen Front müssen das gelammte Proletariat zusammenschweißen. Vor dem Inkrafttreten und der Auswirkung der Zoll- und Steuererlasse sollen die Arbeiter niedergedrückt werden, damit sie nicht durch Lohnkämpfe die Kosten des Neubaus der Großhausräume und der Schwerindustrie teilweise abwenden können.

Auf dem am Montag zusammen tretenden Gewerkschaftskongress steht als 1. Tagesordnungspunkt der Abwehrkampf gegen die Unternehmeroffensive. Der ADGB-Kongress muß sofort Abwehr- und zugleich Angriffsmassnahmen beschließen. Die Lohnkämpfe müssen zur gemeinsamen Abwehrfront zusammengelagert werden. In allen Betrieben und Gewerkschaften müssen die Arbeiter Stellung nehmen zu der Ausperrung im Baugewerbe, zu den Lohnkämpfen in der Textil-, Metall- und Chemischen Industrie, müssen Einheitskomitees bilden zu dem Zweck, durch Lohnkämpfe den Angriff der Unternehmer auf gesteigerte Ausbeutung abzuwehren. Die Gewerkschaften zu stärken, ihre Einheit im nationalen und internationalen Kampfe herzustellen. Die rote Klassenfront zu schließen, — das ist jetzt die Parole, die dringendste Aufgabe, die die Arbeiterschaft zu erfüllen hat.

Abbruch der Lohnverhandlungen der Eisenbahner

Berlin, 28. August. In der ersten Abendstunde führten die Verhandlungen mit den Eisenbahnern wegen der Lohnverhandlungen zu einem plötzlichen Abbruch, und zwar dadurch, daß nach kürzlichen Auseinandersetzungen die Arbeiter mit der Verhandlung unter Protest den Saal verließen, da sie sich mit der Verhandlungsführung durch den Vorstehenden Oberbürgermeister a. T. Frieden nicht einverstanden erklären konnten. Wie verlautet, haben sie in der Verhandlungsführung eine Bevormundung der Arbeitgeber. Die Gewerkschaften behalten sich weitere Schritte vor. Der Rest der Verhandlung betrieht weiter über die Frage, ob man trotz der Abwesenheit der Arbeitnehmervertreter einen Schiedspruch fällen könne.

Bei den gestern vor dem Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen verharteten die Vertreter der Reichsbahndirektion auf ihrem ablehnenden Standpunkt bezüglich einer allgemeinen Lohnverhöhung und schlugen ihrerseits nur neue Forderungen der Ortsklassenkapitel für die Minderheit des Personals vor, womit sich jedoch die Vertreter der Eisenbahnergewerkschaften nicht einverstanden erklärten.

Im Anschluß trat dann der Schlichtungsausschuß zusammen um einen Schiedspruch zu fällen. Die Vertreter der Arbeitnehmer verließen, wie oben bereits gemeldet, wegen dem parteiischen Verhalten des Vorsitzenden unter Protest die Sitzung.

Der Schiedspruch im Baugewerbe

Gestern fanden, wie der deutsche Bankbeamtenverein mitteilt, im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz von Oberregierungsrat Rutilg Schlichtungsverhandlungen für das Baugewerbe statt. Nach langen Beratungen kam gegen die Stimmen der Arbeiter ein Schiedspruch zustande, nach welchem die gegenwärtigen Gehälter der Baugewerksleute bis zum 31. Oktober in Kraft bleiben sollen. Zur Begründung für diesen Schiedspruch führte der Schlichter aus, daß eine Teuerung zwar vorliege, und aus, daß ein Gebote der Gerechtigkeit entsprechen würde, daß ein Ausgleich zu schaffen, daß aber im Hinblick auf die gegenwärtige Preisentwicklung der Regierung die weitere Preisentwicklung abzuwarten sei. Der Schiedspruch

verlange von den Bankgehaltern weitere Opfer und es müßten sich auch die Bankleistungen darüber klar sein, daß eine Erhöhung der Gehaltsbezüge eintritt, habe, falls die derzeitige Teuerung anhält oder sich sogar fortsetze.

Die Verhandlungen im Baugewerbe

Berlin, 28. August. (Eigener Drahtbericht.) In den gestrigen Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern im Baugewerbestreit wurde den Vertretern der Reichs-Unternehmer-Verbände zugesagt, daß den Hilfsarbeitern 2-3 Pf. Erhöhung pro Stunde zugestanden werden sollen. Die Löhne der Tischlerarbeiter waren in den letzten Abendstunden noch nicht durchgeklärt worden. Nach diesem letzten Angebot zogen sich beide Parteien zu den Beratungen zurück. Um 11 Uhr abends waren die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Wie der „Dresdner Anzeiger“ von heute morgen zu berichten weiß, ist es bei diesen Verhandlungen gegen Mitternacht erneut zu schwerer Differenzen gekommen. Der „Anzeiger“ schreibt: Nachdem man sich schon über die Grundlagen geeinigt hatte, tauchten über die Höhe in Gehalt und Sachsen Differenzen auf, die noch nach Mitternacht beraten wurden. Es ist nicht anzunehmen, daß in absehbarer Zeit, das heißt in ein bis zwei Stunden, ein Schiedspruch zustande kommt.

Die Bourgeoisie kennt ihre Pappenheimer

Heute schreibt die „Völkische Zeitung“ zu den Verhandlungen im Baugewerbe: „Im Zusammenhang mit der drohenden Ausperrung im deutschen Baugewerbe ist auch die Frage erörtert worden, ob diese Maßnahme von dem Gewerkschaftsbund mit einem Generalstreik beantwortet werden wird.“

Indoch ist ein solches Vorgehen aus verschiedenen Gründen nicht zu erwarten. Die Verhältnisse der Industrie ist nicht so lebhaft, daß auf ein kurzes Ende des Generalstreiks gerechnet werden könnte, und die Rüstungen der Streitkräfte ist längst nicht so, daß den Gewerkschaften die Dauer des Kampfes zunächst belanglos erscheinen kann.

Selbstverständlich weiß vieles Kapitalistenblatt — es braucht nur an den letzten Bergarbeiterstreik in England zu denken — sehr wohl, daß ein Generalstreik nicht eine Frage der mehr oder weniger guten Rüstungen der Streitkräfte ist, und daß ein Generalstreik unter keinen Umständen von langer Dauer sein kann, ferner, daß ein Generalstreik unter allen Umständen die Niederlage der Bourgeoisie bedeutet. Aber die Argumente dieses Ausbeuterblattes bedenken sich so vollständig mit denen der SPD- und ADGB-Führer, daß sie auf eine förmliche Geistesverdrängung schließen lassen. Der Kampf der Arbeiterschaft muß unter allen Umständen isoliert werden, unter allen Umständen muß dem Proletariat eine Niederlage beigebracht werden, damit der bürgerliche Klassenstaat zum Wohle der Ausbeuterklasse gar nicht erschüttert werde. Der denkende deutsche Arbeiter wird sich dieses Zeugnis, das die Unternehmer den SPD- und ADGB-Führern in aller Öffentlichkeit so unbedürftig ausstellen, sehr wohl merken.

Tagesordnung der bevorstehenden Sitzung der Erweiterten Exekutive der Komintern

Moskau, 25. August

In der Präsidiumssitzung des ERKJ am 25. August wurde auf Vorschlag Sinowjens beschlossen, die Tagung der Erweiterten Exekutive für Oktober oder November einzuberufen. Es wurde folgende provisorische Tagesordnung beschlossen:

1. Bericht des Präsidiums und die neuen politischen Aufgaben zur Schaffung der Arbeiterfrontfront usw.
2. Gewerkschaftsbewegung.
3. Vorbereitung des 4. Weltkongresses.
4. Arbeitsplan der Exekutive für die nächsten 6 Monate.
5. Die Arbeit im Osten (Chinaerfolge und ihre Lehren).
6. Fragen einzelner Sitzungen (die Kommunistischen Parteien Deutschlands, Polens, der Tschechoslowakei, Italiens und Frankreichs).
7. Bericht der Kommunistischen Partei Englands über die Arbeit unter den Arbeitermassen (nach dem 4. Weltkongress).

Diese Tagesordnung hat den Charakter, daß sie den Sitzungen gegenüber zur Diskussion gestellt wird.

Der neue Dreh!

Von Siegfried Kibel, R. d. R.

Immer erstärker wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland, von Tag zu Tag verschlechtern sich die Lebensverhältnisse der Arbeiter.

Warnrufe auf Warnrufe sind schon seit Wochen zu vernehmen — Deflation heißt die neue Krisenerscheinung in der deutschen Wirtschaft.

Geldknappheit und dabei sinkende Kaufkraft des Geldes geben den Wirtschaftspolitikern der verschiedensten Richtungen Veranlassung, ein buntes Sortiment von Rezepten zu empfehlen.

Es fehlt auch nicht an neuen Rezepten, die unabhängig die Wirtschaftsgewaltigen anleihen, doch endlich mit den Preistreibern aufzuhören. — Wenn sich auch kein Mensch um die Bitten und das Flehen dieser Leute kümmert, so lassen doch solche gelegentliche Angriffe immerhin einen Teil der Ursachen erkennen, die der gegenwärtigen Teuerung zugrunde liegen. Viele Ursachen zu verzeichnen, ist die Aufgabe einer bestimmten Sorte von Politikanten, an denen man zweierlei bemerken kann. Erstens: wenn sie die Dinge wirklich so sehen, wie sie von diesen Herrschaften dargestellt werden, ihre Dummheit, und zweitens: wenn sie die Dinge in ihrer Wirklichkeit sehen, die Freiheit, mit der sie ein ganzes Volk anlügen.

So wird in der bürgerlichen Presse auch die Fleischverlogung hingewiesen und an die Tatsache, daß die Spanne zwischen Erzeugerpreis und Kleinhandelspreis von 25 v. H. auf 45 v. H. gestiegen ist, die Schlussfolgerung geknüpft, daß bei einer Verdoppelung des Personals im Fleischereigewerbe und bei einem Fleischverbrauch, der nur 50 v. H. des Friedensverbrauchs beträgt, diese Erhöhung folgerichtig ist.

Erscheint uns schon die Behauptung, daß sich der Personenstand im Fleischereigewerbe um das Vierfache vermehrt hat, als ein ausgezeichneter Schwindel, so zeigt uns die ganze Darstellung, wo die Herrschaften hinaus wollen.

Kein Wort vom Einfluß des Großviehhandels auf die Preisgestaltung für Fleisch, kein Wort vom Zwischenhandel, der ein wunderbares Parasitenleben auf Kosten der Konsumenten führt, und erst recht kein Wort von den Wirtungen der eben erst beschlossenen Zölle, die nunmehr auch den Viehhältern die besten Möglichkeiten für das Wohlergehen schaffen.

Kein — die Betätigten sind schuld: Die Steigerung der Produktionskosten durch vermehrte Arbeitskraft bei geringerer Leistung, das alte Pleb, jahrelang gelungen von allen Wirtschaftstrategen Kaffe-Deutschlands, wird wieder modern. Wo Graf Ranig anfängt zu singen, da darf natürlich auch die Sozialdemokratie im Chorus nicht fehlen, und es sind flehliche Töne für die Ohren der Bourgeoisie, die Herr Schippel in den „Sozialistischen Monatsheften“ hören läßt. Man wird gut tun, die gelegentlichen Kampfrufe der Sozialdemokraten mit den Auslassungen des Herrn Schippel zu vergleichen.

Nach Herrn Schippel ist es nur ein „dunkel gebähtes, grobhabiges Halbweiser“ gewesen, das hinter den landwirtschaftlichen „Produktionsinteressen“ nichts als Auswucherung und Ausbeutung der Verbrauchermassen heimtückisch lauert.

Es gibt also nach Herrn Schippel keinen Lebensmittelwucher, und den steigenden Preisen liegen nur landwirtschaftliche Produktionsinteressen zugrunde. Daß nun die Arbeiterlöhne hinter den Preisen zurückbleiben, ja nun — das liegt an der Notlage, in der sich die Schwerindustrie befindet. Wenn die Arbeiter von dieser Notlage zunächst nichts hören wollten, so sollten sie dies ja längst am eigenen Leibe, so meint Herr Schippel, und sagt weiter: daß demhalb auch die Arbeiter über den „vermeintlichen Aufschwung“ der Schwerindustrie fröhlicher zu denken beginnen und bereits Forderungen auf Staatshilfe für die leidende Industrie stellen.

Ob der Sozialist Schippel mit seinen neuesten Auslassungen den Befähigungsnachweis dafür erbringen will, daß er genau so wie sein Freund Jäger zum Oberwalden eines Hugenberg-Blaues geeignet ist, das wissen wir nicht und interessiert uns nicht. Von Bedeutung ist jedoch für die Arbeiter der Zusammenhang der Schippelschen Bauerzählerei vor dem Wucherkapital mit der gegenwärtigen Lage.

Zwischen Einnahmen und Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter besteht eine solche Differenz, daß man schon